



## **STIMMEN GEGEN ARMUT**

### **Stärkung von PARTIZIPATION**

Der Begriff Partizipation meint: Beteiligung, Einbeziehung, Einfluss nehmen, Mitbestimmung, Mitsprache, Mitwirkung, Teilnahme oder Teilhabe und bedeutet: dazugehören, dabei sein, mitgestalten.

Unser aller Leben findet in unterschiedlichen Bereichen statt: Ob in Familie, mit Freund\*innen und Verwandten, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Schule, beim Sport, bei Kulturveranstaltungen, in Bildungseinrichtungen, religiösen oder sonstigen Gemeinschaften, überall ist es relevant, wie weit wir in die Gestaltung und dabei auch in wesentliche Entscheidungen einbezogen sind, unsere je eigenen Vorstellungen einbringen, mit anderen in aller Unterschiedlichkeit verhandeln und abstimmen können.

„Die Forderung nach gleicher und voller Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben ist untrennbar verwoben mit der Idee der Menschenrechte“ (Rudolf 2017 S.13), sowie mit Vorstellungen vom guten Leben (Nussbaum 2015). Eine Gesellschaft kann nur dann inklusiv und solidarisch sein, wenn sie allen ihren Mitgliedern Teilhabe ermöglicht, unabhängig von deren Herkunft, Geschlecht, Alter, sozioökonomischen Status, sexueller Orientierung und vielem mehr. Das gilt insbesondere für politische Partizipation im Sinne unserer Möglichkeiten, auch Politik mitzugestalten.

#### **Politische Partizipation**

Die Möglichkeiten aktiver politischer Partizipation haben Einfluss darauf, wer wie welche Entscheidungen trifft. Entscheidungen, die dann wiederum beeinflussen, wie Menschen in aller Unterschiedlichkeit ihr individuelles und kollektives gutes Leben realisieren können. „Politische Teilhabe beschränkt sich nicht auf den Wahlgang oder die Parteimitgliedschaft. Sie hat viele Gesichter – von der Unterschriftenaktion bis zur Demonstration, von themenspezifischen Aktivitäten bis zur langjährigen Gewerkschaftsarbeit. Auch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden oder bei kirchlichen und sozialen Trägern gehört dazu und zählt zu den immer wichtiger werdenden Stützpfeilern eines demokratischen Gemeinwesens.“ (Böhnke 2011 S.18). Ganz allgemein kann hier zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation unterschieden werden, wobei konventionelle Partizipation vor allem wählen, abstimmen oder das Unterschreiben von Petitionen meint, unkonventionelle Partizipation neben Demonstrationen auch neuere Formen der Beteiligung, z.B. in den Sozialen Medien umfasst.



Die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen sicher zu stellen, ist notwendig für eine funktionierende Demokratie. Alle Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, sollen die Möglichkeit haben, diese Entscheidungen zu beeinflussen. In der Realität ist dies kaum der Fall. Zahlreiche Gruppen partizipieren unterdurchschnittlich oder gar nicht, die Erklärungen dafür sind vielfältig und betreffen sowohl strukturelle (Sozialisation, soziales Umfeld, Bildungsstand, Einkommensmöglichkeiten und der damit verbundene Spielraum ...) als auch individuelle Faktoren (Interesse, Glaube an Wirksamkeit etc.). Fest steht, dass es konstante Formen von Ungleichheit bei politischer Partizipation gibt, dass Bildung, Alter, Geschlecht, Herkunft Einflussfaktoren sind und vor allem Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status und Menschen mit Migrationshintergrund unterdurchschnittliche Beteiligungsmöglichkeiten haben. Das gilt sowohl für konventionelle – Stichwort Wahlrecht! - als auch für unkonventionelle Beteiligungsformen wie beispielsweise Bürger\*innen-Initiativen.

### **Partizipation ist eine Ressourcenfrage**

Für eine aktive Beteiligung am politischen Geschehen sind Ressourcen notwendig, neben verfügbarer Zeit, geht es dabei um Wissen und Information, also um Bildung, vor allem aber auch um finanzielle Ressourcen.

Eine neue Erhebung des österreichischen Demokratiemonitors bestätigt dies. Personen, die ihre materielle Absicherung für die Zukunft als schlecht einschätzen, partizipieren sehr viel seltener als solche, die sich als gut materiell abgesichert empfinden.

### **Partizipation ist eine Frage von Empowerment**

Um Ungleichheiten in den Möglichkeiten sich zu beteiligen entgegenzusteuern, braucht es Empowerment. Das heißt, es gilt, diejenigen, die derzeit weniger Teilhabechancen haben, gezielt anzusprechen und zu stärken. Dabei müssen Partizipationsfragen, mit Fragen der Verteilung sozio-ökonomischer Ressourcen und mit Fragen der Anerkennung verbunden werden. Wer wenig hat und wenig gilt, sieht wenig Möglichkeiten, sich einzubringen und macht auch seltener Erfahrungen wirksam zu sei.

Für die us-amerikanische Wissenschaftlerin Nancy Fraser gelten Verteilung, Anerkennung und Repräsentation (also Selbstvertretung als Form der Partizipation) deshalb als wesentliche Pfeiler von Gerechtigkeit (Fraser 2001).

Partizipation zu ermöglichen, bedeutet Zugänge zu monetären und zu Zeitressourcen und zu sozialen Netzwerken frei zu machen, Selbstorganisation/en zu fördern und jene mit vergleichsweise vielen Privilegien zur Abgabe bzw. zum Teilen dieser zu bewegen.

### **Partizipation darf weder Alibi- noch erzieherische Maßnahme sein**

Existierende Partizipationsstrukturen, die ein Mehr an Beteiligung versprechen und dabei die Hoffnung auf weniger hierarchische Politikformen nähren, formieren sich jedoch oft als vergleichsweise informelle Zirkel mit schwer durchschaubaren Verfahren der Einladung. Machtungleichheiten werden dabei oft verstärkt, gerade auch weil die Möglichkeiten unterschiedlicher Interessensvertretungen sehr ungleich verteilt sind und klarerweise z.B. Vertreter\*innen der Industrie über mehr Mittel, mehr Kontakte zu Entscheidungsträgern und Medien, mehr Lobbying-Erfahrungen verfügen als etwa Erwerbsarbeitslosen- oder Alleinerzieher\*innen-Initiativen.

Hier müssen gleichere Ausgangsbedingungen und transparente Einladungs- und Entscheidungsstrukturen geschaffen werden.

Zugleich gilt es, die Gefahr zu bannen, dass aus Rechten Pflichten werden und aus dem Wunsch der Selbstbestimmung die Forderung nach alleiniger Selbstverantwortung hervorgeht, wie es sich in manchen Konzepten der „Bürger\*innen-Gesellschaft“ findet, die damit einen Rückzug staatlicher Verantwortung auch aus der Sozialpolitik begründen. Beteiligung wird dabei zuweilen dann auch zur erzieherischen Maßnahme, etwa wenn erwerbsarbeitslose Personen zur Übernahmen „freiwilliger“, „gemeinnütziger“ Tätigkeiten gezwungen werden während gleichzeitig das tatsächlich freiwillige politische Engagement erschwert wird, da es – scheinbar - der Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt schadet.

### **PARTIZIPATION von Menschen mit Armutserfahrungen stärken**

#### **Notwendige Maßnahmen**

- **Institutionalisierung partizipativer Verfahren und Beteiligungsmöglichkeiten**, zB. regelmäßige Einladung von Menschen mit Armutserfahrungen ins Parlament und **Beteiligung an relevanten Ausschüssen**, so dass diese nicht wieder und wieder neu erkämpft werden müssen, sondern konstruktiv weiter entwickelt werden können.
- **Etablierung von Arbeitslosenanwältschaften, Client Councils** etc.
- Umsetzung partizipativer und inklusiver Strukturen auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen und verstärkte Einbeziehung und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Nutzer\*innen im Sozialbereich. Förderung von Interessensvertretungen und Selbstorganisationen.
- Vielfältige Partizipationsformen schaffen und gezielt auch jene einladen, die sich, z.B. an Bürger\*innen-Initiativen weniger beteiligen. In Gemeinwesenarbeit, die möglichst viele Menschen zur Teilhabe ermächtigt, investieren.

- Politische Bildung früh an den Schulen etablieren und niedrigschwellige Angebote für Erwachsene schaffen. Dabei auch frühzeitig Möglichkeiten der Mitbestimmung etablieren, denn Partizipation ist auch „learning by doing“.
- Strukturelle und rechtliche Bedingungen schaffen, die die Partizipation von Migrant\*innen ermöglichen. Neben Erweiterung des Wahlrechts sind dafür auch der Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie Anerkennung von Engagement und Selbstorganisation migrantischer Vereinen notwendig.
- Barrieren für die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen aus dem Weg räumen, diese als Expert\*innen ihrer eigenen Lebenssituation anerkennen und aktiv und gleichberechtigt in alle politischen und demokratischen Prozesse einbeziehen, wie es die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorsieht.
- Klare rechtliche Rahmenbedingungen, Transparenz von Information und Kommunikation und die Bereitstellung von entsprechenden Ressourcen für eine wirksame politische Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen.
- Weiterer Ausbau der Erprobung und Stärkung der Verbindlichkeit partizipativer Verfahren wie der Bürger\*innen-Räte auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene als Ergänzung repräsentativer Demokratie.

#### Literatur:

- Böhnke, Petra (2011). Ungleiche Verteilung politischer Partizipation; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, 18-25
- Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit, Frankfurt: Suhrkamp.
- Moser, Michaela/Schenk, Martin (2013): Armutsbetroffene als Akteure, in: Nikolaus Dimmel et al (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag, S. 554-567,
- Munsch, Chantal (Hg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim und München: Juventa.
- Nussbaum, Martha (2015): Fähigkeiten schaffen: Neue Wege zur Verbesserung menschlicher Lebensqualität, München: Verlag Karl Alber.
- Österreichischer Demokratiemonitor (2019). Zur Stärkung der Demokratie in Österreich. Wien: SORA. [https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2019/05/O%CC%88DM\\_Bericht\\_2019\\_fin.pdf](https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2019/05/O%CC%88DM_Bericht_2019_fin.pdf)
- Rudolf, Beate (2017). Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung; in: Diehl, Elke (Hrsg). 2017 Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Sauer Birgit (2013): Komplexe soziale Ungleichheiten, Citizenship und die Krise der Demokratie, in Appelt, Erna u.a. (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnose, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 176.185.
- Walter, Florian (2012). Von Teilhabe ausgeschlossen? Soziale Ungleichheit und politische Teilhabe in Österreich; in: Kurswechsel 3/2012, 40-48.
- Wegscheider, Angela (2013). Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen; in: SWS-Rundschau (53.Jg). Heft 2/13: 2016-234.